

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1909**

98 (3.5.1909) 1. Blatt



# Badischer Beobachter.

## Hauptorgan der badischen Zentrumsparthei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich M. 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.	<b>Beilagen:</b> Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familiensitz“.	Anzeigen: Die sechspaltige Retizelle oder deren Raum 25 Pfg., Restamen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.
Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.	Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Weber; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.	Verantwortlich: Für Anzeigen und Restamen: Hermann Wähler in Karlsruhe.

### K. Die Besoldungsvorlage für Reichsbeamte.

Die Budgetkommission hat das Gesetz zur Besoldungsordnung fertig gestellt und arbeitet nun in verteilten Sitzungen an der Besoldungsordnung. Zwei Vertreter aller Fraktionen sind hier anwesend, und suchen eine Verständigung herbeizuführen. Diese Arbeit ist nun beendet und hat das erfreuliche Resultat erzielt, daß alle Parteien des Reichstages einig und geschlossen vorgehen, daß lauter gemeinsame Anträge gestellt werden und daß somit die ganze Parteipolitik aus dieser Materie ausscheidet. Dieses Vorgehen ist ein sehr erfreuliches; es garantiert der Beamenschaft wie der gesamten Bevölkerung, daß ein brauchbares Gesetz zustande kommt. Wenn auch über die einzelnen Anträge noch Stillschweigen zu beachten ist, können wir doch mitteilen, daß mancher Wunsch der Beamenschaft befriedigt werden soll, daß aber die sorgfältige Beratung aller Petitionen auch gezeigt hat, daß viele Eingänge vollständig unbegründet sind.

Das Besoldungsgesetz ist vom Reichstage wesentlich ausgebaut worden; da der Bundesrat nur einige leere Paragraphen vorzuschlagen. Der Zentrumsabgeordnete Erzberger hat sich die Mühe gegeben, einen ganz neuen Entwurf der Kommission zu unterbreiten, und dieser fand in allen Teilen Annahme. Dadurch sind die Rechtsparitäten für die Beamten wesentlich erhöht worden; so ist jetzt z. B. festgestellt, daß nach das Aufsteigen in den Dienstklassen immer nach je 3 Jahren erfolgt, daß der Beamte das Recht der Besoldung erhält, wenn ihm die Vorrichtung verweigert wird, daß er Gelegenheit erhält, sich auf die Eintragungen in seine Personalakten zu äußern usw. Diese Bestimmungen bedeuten einen erheblichen Fortschritt. Sehr wichtig sind auch die getroffenen Vorschriften über das Diätariat; die höheren Beamten sind hier erstmals ganz neue Bestimmungen gegeben worden, so daß auch die eine Anrechnung auf das Besoldungsdienstjahr erfahren, wenn sie zu lange Zeit nicht eintätig beschäftigt waren; für die mittleren Beamten ist bestimmt, daß die Besoldung über fünf Jahre in demselben Dienstjahre an gerechnet wird. Die Militäranwärter aber werden besonders befriedigt sein; denn es ist bestimmt worden, daß jene Militäranwärter, die weniger als 3 Jahre dienen, ein Jahr angerechnet erhalten, die mehr als 3 Jahre dienen, erhalten bis zu 4 Jahren angerechnet; damit ist ein alter Wunsch dieser Beamtenklasse endlich erfüllt worden. Manche haben zwar weiter gestrebt, aber die Kosten wären zu hoch geworden.

Für das Wohnungsgeldzuschußgesetz waren weniger Änderungen geboten. Wer eine Dienstwohnung hat, erhält keinen Wohnungsgeldzuschuß. Die Klassenunterschiede wurde bis 1. April 1918 festgelegt; der Bundesrat erhält aber das Recht, in der Zwischenzeit einzelne Orte in die Höhe zu setzen, was für reichlich sich entwickelnde Industriegebiete sehr erheblich ist. Die genaue Zurückberatung der Petitionen und der Vorlagen hat ergeben, daß die letztere doch sehr brauchbar ist und daß die meisten Eingänge vollständig unbegründet waren. Viele der Petenten stellten sich auf den Standpunkt, daß das Wohnungsgeldzuschußgesetz ihnen die Erhaltung des gesamten Mietzins bringen müsse, obwohl schon das Wort deutlich vom „Zuschuß“ Grundes gezeugt; es soll den Beamten drei Viertel der Miete einschlägig werden. Alle Eingänge wurden daraufhin geprüft und da hat sich herausgestellt, daß nahezu alle Petenten mehr als 75 Prozent Zuschuß erhalten, daß selbst solche Eingänge vorliegen, wo nach dem eigenen Angaben der Beamten der Wohnungsgeldzuschuß höher war, als der ganze Mietzins; hier hat die Kommission einfach die Höhe ermäßigt, indem die betreffenden Orte in eine niedrigere Tarifklasse kamen. Manche Petenten haben sich also ins eigene Fleisch geschnitten, z. B. auch die aus Essen, welche Originalmiterträge verlangten. Die Kommission prüfte alles und es stellte sich heraus, daß die Beamenschaft in Essen in Ortsklasse B mehr als gut untergebracht ist und daß gar kein Grund vorliegt, sie nach A zu versetzen. Die Kommission hat aber auch dem Mißstand vorgebeugt, daß die Verwaltung für einzelne Beamte und Offiziere ungemein teure Wohnungen mieten kann ohne Zustimmung des Reichstages. Gibt es doch in Berlin Generalwohnungen, für welche 35 000 Mark Mietkosten gezahlt werden müssen; das ist künstlich ausgeschloffen, da der Etat zu bestimmen hat, wie viel auszugeben werden darf. Die Marine, die sich in dem Gesetze eine lange Extrawurst braten wollte, schneit schlecht ab, denn die Kommission lehnte alle diese Sonderbegünstigungen ab und stellte Meer und Marine gleich. So ist es recht und billig.

Eine große Verwirrung hat in der Beamenschaft die falsche Nachricht der Presse über die Rückdatierung des Gesetzes angerichtet. Die Regierung schlug vor, das Gesetz auf 1. April 1908 rückwirkend zu gestalten, aber dabei die Teuerungszulagen anzunehmen; das kostet rund 100 Millionen Mark. An diesem Vorschlage änderte die Kommission nichts. Wie aber steht es mit den Pensionären? Die Regierung schlug als

Termin für diese auch den 1. April 1908 vor. Der Abg. Erzberger aber beantragte, für die Pension den 1. April 1907 zu setzen (nur für diese, nicht für die aktiven Beamten) mit der Begründung, daß man die paar Beamten, die 1907 in Pension gehen mußten, nicht strafen dürfe, weil der Bloß dieses Gesetz nicht zustande gebracht hat. Der Freisinn stimmte gegen diesen Antrag. Sehr bezeichnend!

So dürfte im allgemeinen ein gutes Gesetz geschaffen werden, das viele Beamtenwünsche befriedigt und doch unser Volk nicht über Gebühr belastet.

### Aus der Reichsfinanzkommission.

Berlin, 1. Mai. In der Finanz-Kommission wurde heute der Antrag der wirtschaftlichen Vereinigung, Raab in beiden Teilen angenommen. Danach ist eine Wertzuwachssteuer auf Immobilien geplant sowie der Regierung zur Erwdigung gestellt, eine weitere Wertzuwachssteuer auf Wertpapiere vorzulegen. Alle anderen Anträge wurden mit Stimmengleichheit abgelehnt, sowohl der konservative Antrag, als auch der Teil des freisinnigen Antrages, der die Erbschaftsteuer fordert.

Von den Blättern wird aus diesem Anlaß konstatiert, daß man jetzt, nachdem die Kommission gesprochen hat, genau soweit sei, wie vor Ostern, ja wie vor einem halben Jahre, wo man auch nicht wußte, welche Steuern und mit welcher Mehrheit sie angenommen würden. Nebenbei zeigt diese Tatsache recht deutlich, wie ungeschickt es war, während der Osterferien künstlich den Anschein erwecken zu lassen, als ob das deutsche Volk steuerbegeistert sei. Daß die Reichsfinanzreform zustande komme, weil sie eine Notwendigkeit ist, das wünscht man allgemein; aber von Steuerbegünstigung keine Spur, höchstens bei jenen, welche nicht betroffen werden. Steuern zu machen, ist ein Geschäft des kalten berechnenden Verstandes. Wer Steuern machen will, muß zuerst genau überlegen, wo er am besten zugreift und wo die Steuern am wenigsten weh tun, d. h. wo sie am geringsten sind; dann muß er trotz des Geschreis jetzt zugreifen, denn weh tun Steuern immer; daher schweige man von Steuerbegünstigung; dieses Wort ist und bleibt ein Widerspruch in sich selbst. Allem Anschein nach geht es der deutschen Reichsregierung wie dem Kamel, das mit einer zu starken Ladung durch ein enges Tor gehen soll. Es wird nicht eher durchkommen, bis es einiges abwirft, d. h. bis seine vernünftigen Begleiter den unvernünftigen Tier so viel abnehmen, bis es das enge Tor passieren kann.

Zur parteipolitischen Lage erfährt man auch der „Vorles-Courier“ an zuständiger Stelle, Reichsfinanzler Fürst Bülow habe den Führern der konservativen gegenüber zum ungewöhnlichen Ausdruck gebracht, daß er eine Finanz- und Steuerreform aus den Händen des Zentrums und der Polen nicht entgegennehmen werde. Aus der Haltung der Konservativen werde er keine Konsequenzen ziehen. Ob diese Konsequenzen in dem Rücktritt des Reichsfinanzlers oder in der Auflösung des Reichstages bestehen, ist noch nicht bestimmt. So der „Vorles-Courier“. Das Kamel der Reichsfinanzreform hat also als besondere und überflüssige Belastung nicht bloß die Steuerprojekte zu tragen, sondern es hat auch außerdem noch den prägen Block auf den Rücken. So oft nun das Regierungsfamilien durch das Tor will, stößt es an; es geht nicht; die Belastung ist zu stark. Aber während sonst stampele gewöhnlich vernünftige Treiber haben, fehlen diese allen Anschein nach leider dem Reichsfinanzler. Diejenigen, welche das Kamel zu befragen haben, suchen es fortwährend anzutreiben, daß es nicht bloß mit der Reform, sondern mit dem prozig darauf thronenden Block durchs Tor geht. Na, es scheint diesen zwei sonst mit Vernunft begabten Steuerfameltreibern sogar die Hauptidee, daß der Block durchs Tor kommt, wenn darunter auch die Steuerreform leidet. Was also sonst jeder Kameltreiber einseht, das sehen gewisse Leute im deutschen Reich nicht ein.

But! Sie sollen sich weiter bemühen, so lange sich das Steuerkamel gefallen läßt. Wilcans Fiel war geschiedter als sein Herr; vielleicht ist's auch das deutsche Steuerkamel und hilft sich schließlich selber.

Die Konservativen bleiben allem Anschein nach feist. Mit Zustimmung des 50er Ausschusses der konservativen Partei veröffentlicht die „Kreuzzeitung“ einen Aufruf, in dem sie nochmals ihre ablehnende Haltung zur Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten begründet und in dem es dann heißt: Es ist doch ein schlimmer Mangel an Vertrauen zu unserer Vertretung, wenn der Ansturm der Gegner unsere Freunde im Lande irre zu machen droht und uns Anfeindungen seitens der Beamenschaft, für deren Interessen wir wieder wirksam eintreten, und Verleumdungen seitens gewisser Kreise des verklärten städtischen Mittelstandes zuzieht, der hier seine bewährtesten Freunde verliert. Wir kämpfen auch nicht gegen die Person des leitenden Staatsmannes, dessen große Verdienste auf dem Gebiete der auswärtigen Angelegenheiten und der

Wirtschaftspolitik wir unumwunden anerkennen. Deshalb mahnen wir zur besonnenen Festigkeit und Vertrauen. Es ist in der Tat eine erste Stunde für unsere Partei. Bleiben wir unerschütterlich fest bei dem als richtig Erkannten.

### Deutschland.

Berlin, 3. Mai 1909.

**o Vom neuen Reichsfinanzler.** Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ veröffentlichen einen Artikel, in dem sie über die Möglichkeit des Rücktritts des Fürsten Bülow folgendes schreiben: „Die Folgen wären für die Konservativen wenig vorteilhaft, denn sie werden es nie wieder mit einem so gefälligen und ihnen weit entgegenkommenden Kanzler zu tun haben. Im Gegenteil! Für die meisten Konservativen und für alle Bündler dürfte der Nachfolger des Fürsten Bülow eine herbe Enttäuschung sein. Er steht für den alleräußersten Fall, mit dem man aber ernstlich jetzt noch nicht rechnet, bereit. Die Herren vom Fürst Bülow werden in ihm, wenn sie so einseitig ihre Sonderpolitik weitertreiben, einen Kochee de bronze finden, an dem sie sich ihre harten Köpfe beliebig einrennen können.“ Ob Fürst Bülow zurücktreten wird oder muß, ist schließlich seine Sache und die des Kaisers; aber diese Drohung mit dem neuen Mann wird in der konservativen Presse nur mit süßlichen Bemerkungen versehen. Kein neuer Reichsfinanzler wird den Kampf auf demselben Gebiete weiterführen, auf dem Fürst Bülow Schiffbruch erlitt; denn dann hätte ein Kanzlerwechsel keinen Sinn.

**o Eine Ausgabemeinheit, aber keine Einnahmemeinheit.** Fürst Bülow kopiert gegen den Fürsten Bismarck und läßt sich gern Schiller deselben nennen. Wie aber hielt es der erste Reichsfinanzler in der Finanzfrage? Er hatte eine Einnahmemeinheit mit dem Zentrum und eine Ausgabemeinheit mit den Nationalliberalen; so bilden die Reichsfinanzen stets in Ordnung. Ganz anders ist es heute: die Ausgabemeinheit ist da; denn man hat dem deutschen Volke vorgezagt, daß es ein nationales Verbrechen sei, wenn man zu den Ausgaben nein sage; aber die Einnahmemeinheit fehlt. Fürst Bülow hat es ruhig mit angesehen, wie der Etat in Unordnung kam. Sein Verlangen in der Geschichte wird bereinst sein: „der große Schuldennmacher“!

**o Geheimrat Hammann unter Aufsicht und Inspektion.** Entgegen den ablehnenden Bescheiden des Oberstaatsanwalts beim Landgericht I und des Generalstaatsanwalts beim Kammergericht ist die Erhebung der öffentlichen Anklage wegen Verletzung der Eidespflicht gegen den Wirklichen Geheimen Legationsrat Dr. Hammann beschloffen. Dieser hat darauf beim Staatssekretär des Auswärtigen Amtes seine Beurlaubung unter Suspensierung vom Amte bis auf weiteres beantragt. Dem Antrage ist stattgegeben worden. Endlich und hoffentlich wird man zu dieser amtlichen Kundgebung sagen; denn in weiten Kreisen hat man sich schon längst darüber aufgehalten, daß der Leiter des Pressebureaus noch immer im Amte ist. Es war ein auffallend schwieriger Weg, bis es zu diesem Beschlusse kam. Professor Schmidt hatte gegen Dr. Hammann und dessen Ehefrau, geschiedene Schmidt, eine Strafanzeige wegen Meineids und Abgabe einer wissentlich falschen eidesstattlichen Verklärung an die Oberstaatsanwaltschaft gerichtet. Der falsche Eid, der sich auf das Verhältnis Hammanns zu der früheren Frau des Professors Schmidt bezieht, soll am 17. Oktober 1903 geleistet worden sein. Am 26. November 1903 hat der Oberstaatsanwalt, gezeichnet Jsenbiel, Herrn Hammann mitgeteilt, daß das Verfahren gegen ihn mangels ausreichenden Beweises eingestellt sei. Das Schreiben der Oberstaatsanwaltschaft legt des weiteren dar, daß die in Betracht kommenden Zeugen ihre Beobachtung der zur Anzeige stehenden Vorfälle unter so „ungünstigen Verhältnissen“ gemacht hätten, daß sie allein zur Widerlegung einer beschworenen Aussage „nicht geeignet“ seien. Die gegen diesen Weisheit erhobene Weisheit wurde vom Generalstaatsanwalt beim Kammergericht zurückgewiesen. Das Kammergericht selbst entschied nun anders. Die Durchführung dieses Beschlusses liegt der Staatsanwaltschaft ob. Sie hat die öffentliche Klage zu erheben, indem sie die gerichtliche Voruntersuchung beantragt, die bei den zur Zuständigkeit der Schwurgerichte gehörenden Strafaten gesetzlich vorgezeichnet ist. Nach Abschluß der Voruntersuchung hat das Gericht, und zwar die Beschlußkammer des zuständigen Landgerichts, darüber zu entscheiden, ob das Hauptverfahren zu eröffnen oder der Angeklagte außer Verfolgung zu setzen oder das Verfahren vorläufig einzustellen sei. Mit der jetzt vorliegenden Entscheidung des Kammergerichts ist also zunächst lediglich Sicherheit dafür geboten, daß die Angelegenheit einer gerichtlichen Instanz zur Prüfung unterbreitet wird, da die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zur völligen Klärung der Sachlage nicht ausreichend befunden wurden. Für die Staatsanwaltschaft liegt in diesem Beschlusse keine besondere Anerkennung; wir wollen aber hoffen, daß sie nun mit vollem Eifer sich der Angelegenheit annimmt.

Mag das Resultat der Ermittlungen so oder so ausfallen, der Leiter des Pressebureaus dürfte unter keinen Umständen mehr in sein Amt zurückkehren.

**o Neue Schönheitsabende.** Nach der „Meinischen Westfälischen Zeitung“ sollen die sogenannten Schönheitsabende wieder in Berlin eingeführt werden, vorläufig allerdings „infolge noch vielfach vorhandener Vorurteile“ als geschlossene Zusammenkünfte. Der Unternehmer verleiht Einladungen zum Beitritte zu einer von ihm gegründeten Vereinigung, worin es u. a. heißt: „Den bisherigen Schönheitsabenden haben sich eine Anzahl der bedeutendsten Zeitgenossen und die besten Gesellschaftskreise, zum Teil Damen und Herren der Hofgesellschaft, Fürstlichkeiten, Prinzen und höchste Staatsbeamte beigezogen und in großer Zahl durch ihren Beitritt ihre Zustimmung zu der Tendenz unserer Bestrebungen zum Ausdruck gebracht. Einen öffentlichen Aufruf zur Unterstützung der Schönheitsbestrebungen und Schönheitsabende haben zahlreiche Bekannte und hervorragende Persönlichkeiten, darunter auch evangelische Geistliche, bereits unterzeichnet, u. a. Prof. C. Gumboldt, Mitglied des Senats der Akademie der Künste, Berlin; Prof. Frz. v. Stud. München; Alexander Frhr. v. Gleichen-Plöschmann, Königl. bayerischer Kammerherr, München, Ober. Kommandant, vortragender Rat im Reichsmarineamt; der evangelische Pastor Ernst Waars in Begegnung-Bremen usw. Von Parlamentariern usw. soll die Zustimmung bevorstehen.“ Dazu schreibt das oben genannte nationalliberale Blatt: „Sollen denn diese traurigen Geschmacksvorurteile, die in letzter Linie eine Entfaltung weiterer Kreise zur Folge haben müssen, sein Ende nehmen? Hoffentlich geht die Polizei auch gegen diese geschlossenen Vereinigungen vor.“ Wir unsererseits hoffen das nicht nur, sondern halten es für selbstverständlich auch wenn recht gut klingende Namen unter der Einladung stehen.

### Ausland.

Holland.

**o Zum freudigen Ereignis.** Das Amsterdamer Blatt „Telegraaf“ veröffentlicht ein Interview mit dem französischen Minister des Auswärtigen, Michon, welcher erklärte, daß die Nachricht von der Geburt einer holländischen Prinzessin in keinem Lande so jubelnd aufgenommen worden sei, wie in Frankreich. Frankreich freue sich aufrichtig über die Sicherung der holländischen Thronfolge, welche die Unabhängigkeit des Landes gewährleistet. Der Charakter der Königin Wilhelmine sei ein Unterpfand dafür, daß auch die junge Prinzessin dereinst die Prinzipien des Hauses Oranien aufrecht erhalten werde. Michon sprach den Wunsch aus, die Königin möge Gelegenheit nehmen, Paris zu besuchen, wo ihr ein begeistertes Empfang zuteil werden würde. — Königin Wilhelmina, die glückliche Mutter, steht im 29. Lebensjahre. Sie ist im Haager Schloß geboren als einzige Tochter des Königs Wilhelm III. und seiner zweiten Gemahlin Prinzessin Emma von Waldeck. Als ihr Vater am 23. November 1890 farb, wurde sie, ein Mädchen von 10 Jahren, Königin der Niederlande. Während ihrer Minderjährigkeit führte ihre Mutter die Regierung bis August 1898, wo Wilhelmine volljährig wurde und die Regierung selbst in die Hände nahm. Am 8. Februar 1901 vermählte sich die junge und schöne Königin mit dem damals 22 Jahre alten Herzog Heinrich von Mecklenburg-Schwerin, dem jüngsten Sohn des Großherzogs Friedrich Franz II. aus seiner dritten Ehe mit Herzogin Marie von Schwargburg-Plöschstadt. Die Ehe der Königin war bisher kinderlos, weshalb jetzt die Freude über die Geburt einer Thronerbin umso größer ist. Königin Wilhelmina ist zurzeit die einzige regierende Frau.

**o Haag, 1. Mai.** Die Taufe der Prinzessin findet am 10. Mai statt. Es sind große Festlichkeiten geplant. Heute herrscht Schneesturm.

Afrika.

**o Ueber die Vorgänge in Marokko** meldet der „Daily Telegraph“, es hätten die Witen Hafid feindlichen Stämme bez eingeschlossen und bereits die Zufuhr nach der Hauptstadt abgeschnitten. Die kürzlich nach bez zurückgekehrten englischen und spanischen Gesandtschaften sollen gefordert sein. — Aus Tanger wird gemeldet: Die Heise des Sultans Mulay Hafid nach Rabat ist bis auf weiteres verschoben worden. Er will erst den Feldzug gegen el Moghbi führen und läßt doch Truppen onshoben. — Die angebliche Verabredung der europäischen Postämter stellt sich laut „Köln. Volksztg.“ als ein gewöhnlicher Einbruchsdiebstahl heraus. „Daily Telegraph“ meldet aus Tanger vom 30. April, daß in Mogador ein Engländer und zwei Franzosen ermordet wurden. Der französische Torpedobootszersörer „Cassini“ sei nach Mogador abgegangen.

### Baden.

Karlsruhe, 3. Mai 1909.

**o E. S. H. der Großherzog** haben gnädig geruht, den Ministerialdirektor im Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Geheimen Rat Adolf Decher unter Anerkennung seiner langjährigen, treugeleisteten und er







...man kann an. Wenn aber was aus die ganze  
Autorität abgehoben ist, dann ist auch jede andere Autorität  
geschwunden und die Folge ist, daß der Schwächerer dem  
Stärkeren eben maßlos preisgegeben ist. Die christliche  
Weltanschauung anerkennt, daß Welt als höchstes Wesen  
über allen steht, dem sich alle unterordnen müssen, vor  
dem alle gleich sind. Das gibt jedem einzelnen, auch dem  
Arbeiter, wieder fühlige Kraft und Mut, auf seinem  
Posten sich weiter zu betätigen. Die christliche Welt-  
anschauung ist eine gerechtere. In der Gesellschaft  
sind alle Glieder auf einander angewiesen. Während durch  
den Materialismus die niedrigeren Triebe wachgerufen  
werden, daß Welt, sich gegenseitig zu überbieten,  
zum Durchbruch kommt, setzen wir auf der anderen  
Seite, wie das Christentum bemüht ist, einen Ausgleich  
zu schaffen. Die Kirche verlangt für jeden das gleiche  
Recht, nicht wie die Götter, die die Welt nicht die Ar-  
beiter nur auf des Herrschers. Die Kirche nimmt sich der  
materiell Schwachen an. Sie bewirkt die Aus-  
wände des Kapitalismus und hat auch jetzt Männer  
gestellt, die in den vorderen Reihen an der Lösung der  
sozialen Frage gearbeitet haben. Männer, wie Freiher  
Emanuel v. Helldorf und Papst Leo XIII., haben sich  
gerade auf diesem Gebiete unermüdliche Verdienste erwor-  
ben. Vergessen dürfen wir aber auch nicht, daß wir nicht  
nur Rechte zu verlangen haben, sondern daß jeder Stand  
auch Pflichten gegen den andern hat. Jeder andere  
Stand hat seine berechtigten Forderungen, die auch von  
uns anerkannt werden müssen. Man muß eben  
leben und leben lassen.

Niemals wird die Erde ein Paradies werden. Not  
und Elend werden immer wieder auf der Erde anzu-  
treffen sein in dieser oder jener Weise; Weisheit allein  
macht nicht glücklich, und ohne Weisheit, ohne den Geistes-  
fortschritt würde es der Menschheit an der fühligen  
Kraft fehlen, auszuweichen. Die zunehmende Zahl der  
Selbstmorde liefert einen Beweis, daß die materialistische  
Weltanschauung nicht vermag, die Mitleidigkeit hinanzu-  
halten, im Gegenteil treibt sie die Elemente dem Inter-  
esse entgegen. Weder jedoch mit einem warmen Appell  
an die Barmherzigkeit, an der christlichen Weltanschauung  
festzuhalten; Schwäche auf unserer Seite wäre die Stärke  
den Gegnern. Wir dürfen stolz sein auf unsere Welt-  
anschauung; unsere Aufgabe soll aber auch sein, dieselbe  
zu studieren. Der Vorbereitung der christlichen Presse  
müßte besonders unser Augenmerk gewidmet sein. Dem  
Arbeiter wurde am Schlusse stimmungsvoll zuteil.

Zur allgemeinen Freude der Versammlung trat nach  
dem Besuche des Herrn Kaplan Mosbacher die Gelang-  
samkeit des Tages und der Arbeitervereins mit  
großem Gefolge ein. Die Rede, worin von der Versamm-  
lung selber die Rede gehalten wurde, wurde  
Der Vorsitzende, Herr Dr. Schmitt, des christlichen Tabak-  
arbeitervereins, referierte über die christliche Arbeiter-  
schaft und die Finanzfrage. Mit der ihm gewohnten  
trefflichen Redegewandtheit entlockte sich der Redner  
seiner Aufgabe. Er erläuterte zunächst den Begriff  
Staat, wie auch die Aufgabe desselben. Der Staat hat  
den Einzelnen zu schützen, wie auf der anderen Seite  
auch der Einzelne die Pflicht hat, nach seinen Kräften zur  
Wohlfahrt des Staates beizutragen. Die Aufgaben,  
Steuern, die der Staat von seinen Angehörigen erhebt,  
sollen aber eine gerechte Verteilung haben, was jeder  
nicht immer der Fall sei. Bei der gegenwärtigen Lage  
neuer Steuern müßte besonders die Einkommen-  
steuer werden, daß dieselben nicht wieder zur Weisheit  
auf die breite Masse abgewandt werde. Eine Haupt-  
aufgabe müsse sein, daß der Staat die Mittel herbeizuführen  
werde. Redner gab ein Bild über die Verteilung der  
direkten und indirekten Steuern und kam dann besonders  
auf die Tabaksteuer zu sprechen. Hier war der Redner  
in seinem Element. Er verteidigte mit einer Schar-  
fennut und einer Wärme die Tabakindustrie und deren  
Arbeiter. Nach Ansicht des Redners müßte der Staat  
keine weitere Belastung ertragen, wenn nicht Kaufleute  
von Arbeiter loslösen gemacht werden sollen. Der Durch-  
schnittswert der Tabakindustrie sei ohnedies schon  
höher als unter dem Durchschnittswert der deutschen  
Arbeiterkraft.

Für die christliche Arbeiterkraft ist die  
Einkommensteuer eine einfache und klare  
Infragestellung, daß in erster Linie der Staat  
herangezogen wird, dann aber auch, daß eine weite  
Steuersenkung für die Arbeiter ausgeschrieben wird.  
Der Herr Dr. Schmitt, der im Laufe der Versammlung  
erhielt, begrüßte am Schlusse noch die Anwesenden und  
erschuldigte sich, daß er nicht früher kommen konnte,  
worin dann der Vorsitzende noch weiteren Wieder-  
vorträgen der Vorländer die in allen Teilen so schön  
verlaufene Versammlung schloß.

**Kleine badische Chronik.**  
A Mannheim, 1. Mai. Zu dem schauerlichen  
Leichenau wird noch gemeldet: Wahrscheinlich ist der  
Kopf und ein Fuß abgehauen worden, um die Leiche besser  
in den Tod zu verpacken zu können, es ist auch nicht aus-  
geschlossen, daß der Kopf durch das im Tod befindliche Loch  
abgeworfen wurde, was wiederum ist, da die Leiche 4 bis 6  
Fuß im Wasser gelegen sein dürfte. Anzeichen an  
dem Körper mit einem furchtbaren Verbrechen zu tun, was  
aus der Verhüllung der Leiche geschlossen werden muß.  
Wer und woher der Tot ist, konnte bis zur Stunde noch  
nicht festgestellt werden. Hierzu erzählt die Neue Bad.  
Vand. 1., daß durch den gerichtlichen Mordmord fest-  
gestellt worden ist, daß die fehlenden Körperteile nur von  
schändlicher Hand abgetrennt worden sein können. Man  
glaubt, daß allenfalls ein Metzger als Täter in Betracht  
kommen kann. Es herrscht noch völliges Dunkel über diesen  
mysteriösen Mordmord.

A Mannheim, 2. Mai. Der Weinleibe Strauß,  
aus Griesheim, welcher früher in Mosbach in einer  
Gewerbeschäftigung tätig war und in letzter Zeit einen  
Kleinhändler bei der Weinverhandlung hieß und Schwarz  
in Mannheim inne hatte, ist seit acht Tagen abganga.  
A Mannheim, 2. Mai. Der festsitzende Leiter des  
städtischen Liebesamts, Stadtbaurat Eisenbr., wurde  
in der gestrigen Gemeinderatsitzung in Straßburg mit großer  
Mehrheit auf 12 Jahre als Stadtbaurat und Polizeidirektor  
der Stadt Straßburg gewählt. Der Gehalt beträgt 15.000  
Mark. Auf die Pensionabilität werden 10 Jahre ge-  
rechnet. — Gestern mittag entlief sich über unsere Gegend  
ein schwerer Gewitter mit orkanartigem Sturm, Schnee  
und Hagelsturm. Der Sturm richtete mannigfachen  
Schaden an. — Die Leiche eines neugeborenen  
Kindes männlichen Geschlechts wurde gestern abend bei  
dem Auswachen eines Kindes auf der Weinean aufgefunden.  
Die Mutter ist noch nicht ermittelt.

A Mannheim, 30. April. Der Bezirk hat dem  
gegen den Ausschuss der Bürgervereinsarbeiten in der dritten  
Klasse erhobenen Wahlprotokoll insofern nachgegeben, als er  
die Wahl von vier Stadtvorwählern für ungültig erklärte.  
A Karlsruhe, 1. Mai. Ein außerordentliches Vorgehen  
wurde heute vormittag auf dem hiesigen Postamt ab-  
Eine in Karlsruhe in kaufmännischen Kreisen bekannte  
Personlichkeit wurde verhaftet. Wie verlautet, soll es sich  
um Bettelwaisen handeln, welche die internationalen  
Reisen in Paris haben, wozu die Mithilfe eines hiesigen  
Postbeamten gewonnen worden sollte. Der bet. Beamte  
war aber vorzeitig entlassen und ließ den Mann verhaften.  
Wie wir nachträglich hören, handelt es sich um einen 24 Jahre  
alten Herrn aus Karlsruhe namens Alfred Roth.

**Malsch, 1. Mai.** Eine bedauerliche Unfälle macht  
sich in den letzten Jahren hier bemerkbar. In der Nacht  
zum 1. Mai glaubten einige Leute ihre Wohnung durch  
erlittenen großen zu müssen, daß sie anderen einen  
Schaden zufügen. Wiederholt ist es schon vorgekommen,  
daß anstelle des sogenannten „Rattenfressers“ den Leuten die  
Häuser mit Kalkbrühe oder Farbe besudelt werden sind.  
Ob Dummheit oder Bosheit hierbei die Hauptrolle spielen,  
wollen wir nicht untersuchen.

**Malsch, 3. Mai.** Das durch den unglücklichen Sturz  
am letzten Donnerstag verletzte Kind des Ant. Lorenz  
von hier ist am Samstag morgen im städtischen Kranken-  
haus in Karlsruhe gestorben.

**Baden-Baden, 2. Mai.** Der Unfall an städtischen  
Einkünften in Folge der Aufhebung des Störzes wird hier  
auf 75.000 M. veranschlagt.

**Rehl, 2. Mai.** Die Verschmelzung von Stadt  
und Dorf Rehl zu einer Gemeinde ist nur noch eine  
Frage der Zeit.

**Mühlentbach im Ringtal, 30. April.** Ein Drama hat  
sich, wie schon kurz gemeldet, hier abgepielt, wie ein solches  
glücklicherweise selten vorkommt. Der 88jährige Hofbesitzer  
August Watz, ein roter, jähnsriger und händelsüchtiger  
Mensch, der seiner Frau schon manchen Wutausbruch verur-  
sacht hat, hatte sich aus irgend welcher Ursache geweigert,  
das Leiche in den Tod zu lassen. Als nun die Gebo-  
renne das Kind zur Welt abgeben wollte, wurde sie und  
die Mutter des Kindes hart behandelt, so daß letztere zu  
Verwandten flüchtete und die Hebamme das Kind mitnahm.  
Nun gab der blind blühende den fünf übrigen Kindern die  
besten Rinder und schickte sie ins Dorf. Er selbst lebte  
sich ebenfalls sonntags an, nahm eine Art und ließ  
sämtliche brennen. Die brennen in der Nähe des Hofes  
um, die die die brennen angebauet. Der Wert  
dieser brennen wird auf mindestens 1000 Mark geschätzt. Dann  
ging er ins Haus zurück, steckte eine etwa 600 M. betragende  
Summe Bargeld ein und schloß das Haus von der Tanne  
aus an, alles lebende und tote Inventar darin lassend.  
Ein Pferd, neun Kühe und vier Schweine kamen  
in den Flammen um. Hierauf ging der Unhold den Berg  
hinan und beobachtete etwa 10 Minuten lang das Feuer,  
steckte dann den Hut auf den Regenkirm, schwenkte den-  
selben beidseitig und ging baldemwärts, dabei Drohungen  
gegen seine Verwandten wegen Ansehens der Hölle aus-  
sprechend. Herbeigekommene Nachbarn konnten aus dem strohe-  
bedeckten Haus nichts mehr retten. Eine von Gendarm Rein-  
hard mit 30 Bürgern von Mühlentbach unternommene Wache  
wurde nach dem erfolglosen Zügel ohne Erfolg. Im  
Dorf wurde, während die Gendarm in Flammen sind, an  
dem Regenbrennen die Tanne brennen. Das Ansehen war  
nicht verfehlt. Hofbesitzer Watz wurde in der Wohnung  
seiner Schwester festgenommen.

**Emmeningen, 2. Mai.** Der hiesige gemein-  
nützige Verein hat am 1. Juli seine Auflösung be-  
schlossen, da ihm sehr wenig Interesse entgegengebracht  
wurde.

**Vom Feldberg, 1. Mai.** Rein Maierwetter,  
wohl aber Schnee und Kälte hat uns die Waldpurginacht  
gebracht. Das nach den anberühmten kalten Tagen  
des April ein solches Witterung in der Witterung eintraten  
wurde, stand übrigens zu erwarten. In den unglücklichen  
Kesseltälern, das Vieh auf die Weide zu treiben. Das  
Schneewetter machte freilich vorher aufhören.

**Freiburg, 1. Mai.** Auf der Dreifach von  
Freiburg bis zum Rhein unternommen drei Herren,  
darunter der Redakteur der „Freiburger Zeitung“, eine wohl-  
geleitete Bootfahrt, die von 8.10 Uhr vormittags bis  
1.25 Uhr nachmittags dauerte.

**Vom Ebnethal, 2. Mai.** In Falkenstein mußte  
wegen Ausbruch der Mägen die Polizeistation geschlossen  
werden.

**Konstanz, 30. April.** Hier hat die Wädlinger  
mit dem 1. Mai den Vorposten für alle Sorten um 2 M.  
pro Kilo erhöht. Auch in der benachbarten Schweiz  
soll der Aufschlag eintraten.

**Vermischte Nachrichten.**

**Hd. Berlin, 2. Mai.** Die internationale Ballon-  
Wettfahrt des Berliner Vereins für Luftschiffahrt ging  
gestern nachmittag vom Lustiggebäude bei Schmar-  
gendorf in Szene. Die Luftschiffer begaben sich Sonntag nach-  
mittag 3 Uhr bei Königsberg in Ostpreußen zu landen.  
der Epidemie.

**Hd. Berlin, 3. Mai.** In Spreenhagen bei Fürsten-  
walde wurde gestern ein schweres Verbrechen entdeckt. Am  
Donnerstag vor acht Tagen wurde dort der Militär-  
Jubiläum Friedrich Wagner mit zerstücktem Schädel  
aufgefunden. Da man glaubte, daß der alte Mann ver-  
unglücklich sei, wurde die Leiche aus Verabredung freigegeben.  
Angewiesen wurde festgestellt, daß in dem Nachhause  
Jubiläum mehrere Partisanenbänder okkupiert die wenige  
Tage nach der Tat von dem hiesigen Okkupanten  
um illegales Geld zum Kauf angeboten wurden. Die  
Polizei nimmt an, daß Mauthofer, der jetzt flüchtig ist,  
den Jubilar erschlagen und beraubt hat.

**Hd. Berlin, 3. Mai.** Auf dem Gebäude der städti-  
schen Gasanstalt 4 in der Danzigerstraße hat sich gestern  
ein schwerer Unfall zugetragen. Durch den Einsturz eines  
Baugerüsts wurde ein Arbeiter erschlagen, während  
mehrere andere lebensgefährliche Verletzungen erlitten.

**Hd. Berlin, 3. Mai.** Ein ungewöhnlicher Zwischen-  
fall spielte sich gestern nachmittag während des Gottes-  
dienstes in der freireligiösen Gemeinde in der Kleinen  
Frankfurterstraße ab. Ein Teilnehmer an dem Gottes-  
dienst bedrohte den Prediger Dr. W. H. L. von bekannten  
Schicksalen, nach einem kurzen Vorworte mit einem  
Revolver. Er wurde festgenommen und nach dem Poli-  
zeirevier gebracht.

**Hd. Duisburg, 1. Mai.** In der benachbarten Ge-  
meinde Homberg sind neuerdings drei Personen an Pocken  
erkrankt. Unter der Bevölkerung herrscht große Ver-  
unsicherung wegen einer etwaigen weiteren Ausbreitung.

**Hd. Köln, 1. Mai.** Eine Wuttat ereignete sich  
gestern in Stolberg. An einer einfachen Stelle im Walde  
bei Stolberg wurde ein Arbeiter von einem Un-  
bekannten überfallen und ermordet. Die polizeilichen Er-  
mittlungen nach dem Täter waren bisher ohne Erfolg.

**T. Mülhausen i. E., 30. April.** Im Kanalbau  
des Rhein-Abwehrkanals sank ein led. geordnetes mit  
schwerem Eisen Salz befachtes Schiff und die  
hiesige Feuerwehrt wurde aufgeboten, mittels der  
Dampfmaschine an der Hebung des Schiffes mitzuhelfen.  
Über die Schläuche waren von der starken Säure bald zer-  
stört und das Auspumpen mit der Dampfmaschine  
aufgegeben worden. Das Schiff, das mit Sulfat aus der  
chemischen Fabrik Zinn befachtes war, sank mit der  
Verladung von 200 Tonnen. Falls die Ladung des  
Schiffes in das Wasser selbst gelangen sollte, so wäre der  
Fischbestand auf meine Strecken verheert. Das gesunkene  
Schiff ist Eigentum der Mannheimer Lagerhaus-Gesell-  
schaft und mit seinem ganzen Inhalt versichert. Per-  
sonen sind durch den Untergang des Schiffes nicht verletzt  
worden.

**Hd. Budapest, 1. Mai.** Auf der Eisenbahnstation  
Gherbó-Szent-Miklós gerieten zwei mit Eisen-  
bahnschienen beladene Wagen ins Rollen und stießen  
6 Kilometer weiter bei Lohosbergh auf einen Arbeiter-  
zug. Zwei Wagen des Lohosbergh wurden völlig zertrüm-  
mert, zwei Arbeiter getötet, 4 schwer verletzt, zahlreiche  
andere leichter verwundet.

**Die Maifeier.**  
In Karlsruhe ist die Maifeier äußerst harmlos ver-  
laufen — kein Festzug, nur eine abendliche Versamm-  
lung — ein Tag just wie ein anderer Tag!

Auch in Berlin scheint die Idee des Maifeiertages nur  
noch auf schwachen Füßen zu stehen; einige der ange-  
sehenen Versammlungen konnten, der „Frank. Zig.“ zufolge,  
sogar wegen mangelnder Teilnehmer nicht abgehalten  
werden. In den wirklich abgehaltenen Versammlungen  
wurde eine Resolution angenommen, worin der Normal-  
arbeitsstag von acht Stunden, eine mindestens 36 Stun-  
den dauernde Ruhepause für jeden Arbeiter in der Woche  
und Verbot jeglicher Erwerbsarbeit für Kinder im Alter  
unter 14 Jahren gefordert werden. Außerdem wird die  
Einführung des allgemeinen gleichen, direkten Wahl-  
rechts, die Sicherstellung des Koalitionsrechts, volle Ver-  
eins-, Versammlungs- und Freiziehungsrechte sowie die  
Weiterung der Rechte der Arbeiter bei der Arbeiterver-  
sicherung gefordert.

Auch in Frankreich ist, soweit die vorliegenden  
Berichte erkennen lassen, der Maifeiertag im allgemeinen  
friedlich verlaufen. Aus Paris wird vom 2. d. gemeldet:  
Die Telefonarbeiter, die gestern nicht zur Arbeit  
erschienen, sind vorgestern entlassen und eine Unter-  
suchung gegen sie eingeleitet worden. Außerdem sind 8 Be-  
amte des Zentral-Telegraphen-Bureaus wegen Disziplin-  
losigkeit ihrer Stellung entlassen worden. Vor dem Rat-  
haus des 10. Bezirks demonstrierten einige hundert  
Angehörige gegen das Ministert und den Polizeipräsidenten  
Rupprecht.

Am Bahnhof Vaizette wurden fünf Stadel mit drei-  
hundert Telefonleitungen durchschnitten.  
In London verließ die Maifeier sehr ruhig. An dem  
Mittag durch das Abend und den Abends im Hyde  
Park vor das ausländische Volkstheater stark vertreten.  
Aus Italien wird gemeldet: In einigen Provinz-  
städten feierten die Straßenarbeiter mit Erlaubnis der  
Behörden. Überall fanden Massenversammlungen und  
Märsche statt, in denen besonders die Abschaffung der  
Getreidezölle und die Einführung des allgemeinen gleich-  
en Wahlrechts gefordert wurde.

In Desterreich verlief die Maifeier ebenfalls ruhig.  
In Petersburg nahm die Polizei anlässlich der  
Maifeier zahlreiche Hausdurchsuchungen vor und beschlag-  
nahmte mehrere hunderttausend Proklamationen. Eine  
große Anzahl sozialdemokratischer Agitatoren wurden  
verhaftet. Die Fabriken, welche die Maifeier gestatten,  
werden mit hohen Geldstrafen belegt.

In großen und ganzen kann man also sagen, daß der  
„Maifeiertag“ noch lange nicht überall durchgeführte  
namentlich die deutschen „Genossen“ scheinen nicht die  
große Begeisterung für den Maifeiertag zu haben, mit  
der er noch vor Jahren propagiert wurde.

Im Ausland, so in der Schweiz und in Italien,  
machen die christlichen Arbeiter, da wo wirklich gefeiert  
wird, aus dem Maifeiertag eine Demonstration für die  
christliche Weltanschauung, was allerdings den Urhebern  
des Maifeiertages wenig gefallen dürfte.

**Telegramme und neueste Nachrichten.**  
Hd. München, 1. Mai. Minister Iswolski wurde  
heute in der chirurgischen Klinik von Prof. Angerer  
operiert. Es handelte sich um die Entfernung einer  
gutartigen Festschwulst am linken Oberarm. Iswolski  
bleibt einige Tage in der Klinik.

Hd. Salzburg, 3. Mai. Kaiser Wilhelm wird  
gelegentlich seiner Reise nach Wien zu einjährigem  
Aufenthalt hier eintriften und den Bruder des öster-  
reichischen Kaisers, Erzherzog Ludwig Viktor,  
auf Schloß Neukirchen besuchen. Es gilt als wahr-  
scheinlich, daß auch Reichsminister Fürst Wilow nach  
Salzburg kommt, um mit Kaiser Wilhelm nach Wien  
zu fahren. Ferner verlautet, daß ein Mitglied des

österreichischen Kaiserhauses nach Salzburg kommen  
werde, um den deutschen Kaiser auf österreichischem  
Boden zu begrüßen und ihn nach Wien zu begleiten.

Hd. Budapest, 1. Mai. Wie die Wärier melden,  
planen die hiesigen Sozialdemokraten am Dienstag ge-  
legentlich der Ankunft Kaiser Franz Josephs Massen-  
demonstrationen auf den Straßen für das allge-  
meine Wahlrecht.

Hd. Petersburg, 1. Mai. Die russische Frei-  
willigen-Flotte verhandelt mit englischen Werften  
wegen des Baues von 6 hochklassigen Dampfern.

Hd. Sofia, 1. Mai. Minister Papikow sandte  
heute ein Rundschreiben an alle europäischen Regie-  
rungen, worin mitgeteilt wird, daß der Titel des  
bulgarischen Königs offiziell in „König der Bul-  
garen“ abgeändert ist.

Nach dem Thronwechsel in der Türkei.  
Hd. Konstantinopel, 1. Mai. Bei den maß-  
gebenden parlamentarischen Parteien macht sich das  
Verstreben geltend, der Militär-Diktatur ein Ende zu  
bereiten, da befürchtet wird, daß das Parlament  
sonst an Autorität einbüßt.

Hd. Konstantinopel, 3. Mai. In kurzer  
und energischer Weise wurde gestern früh mit dem  
letzten Rest der Garde der Marine-Infanterie aufge-  
räumt. Da die Marine-Infanterie die Pflicht  
hatten, ihrer Entfernung Widerstand entgegen zu  
setzen, wurde das Arsenal in aller Frühe von  
Truppen umstellt. Die Besetzung ergab sich ohne  
Gefecht. Heute früh soll angeblich die erste Hinrich-  
tung von Verurteilten, Meuturern und Antifreien  
des reaktionären Büttches, darunter die Mörder des  
Justizministers, stattfinden.

Hd. Saloniki, 3. Mai. Aus der Hauptstadt  
kamen gestern hunderte Verhaftete hier an, unter  
welchen sich ein gewisser Tahir Pascha, ein Vertrauter  
Abdul Hamids, befindet. Hier verlautet, der  
griechische Patriarch in Konstantinopel sei schwer  
krank erkrankt und verhaftet. Sein eigener Nerven  
in Magedonien habe ihn angegriffen.

**Das neue Robinett**  
soll folgende Zusammenstellung erhalten: Muthar bleibt  
als Großkapitän, der Reich ist Hamid bleibt. Justiz:  
Scherid, Inneres: Helmi, Finanzen: Kadri, Unter-  
richt: Azim, Krieg: Fall, Marine: Miza.

**Der abgelehnte Sultan.**  
Wohlfahrt der notwendigen Bedürfnisse hat der  
Oberkommandierende dem entkränkten Sultan 1000 tür-  
kische Pfund überwiesen. Abdul Hamid hat den mit  
einer Bewachung betrauten Bekir bei der Schlüssel zu  
seiner Privatkasse übergeben. Dieser ist nach Konstan-  
tinopel abgereist, um das dort befindliche Geld und die  
Wertgegenstände nach Saloniki zu bringen. Wohlfahrt  
besserer Lebensbedingungen Abdul Hamids wurde ein  
besonderer Dienst eingerichtet und ein Torpedoboot in der  
Bucht vor der Villa stationiert.

Die Villa Madini in Saloniki, die dem abgelehnten  
Sultan als Aufenthaltsort angewiesen wurde, ist ständig  
von einer Kolonne umringt. Die Truppen müssen  
scharf anposten, um einen Ueberfall der Villa durch die  
Bulgarische zu verhindern. Die feindliche Haltung der  
Menge ist auch die Ursache, weshalb Abdul Hamid nach  
Monastir überführt werden soll. Der Vorstoß ist  
noch immer militärisch bedacht. — Wie verlautet, hat  
Abdul Hamid noch in letzter Stunde vor seiner Abreise  
einen Wad verübt, indem er eine junge Tochter seiner  
niederhöflich, die sich weigerte, zu beschwören, daß sie bis  
an ihr Lebensende ledig bleiben werde.

In letzter Stelle wird das Gerücht bestätigt, daß  
der Sultan nach Monastir überführt werden wird, da  
die Lage Salonikis am Meer nicht genügend Schutz  
gegen einen eventuellen Befreiungsversuch bietet.

Die Angelegenheiten in Kleinasien.  
Aus Adana laufen fortwährend die traurigsten Nach-  
richten ein. Die Massakres nehmen noch immer an Um-  
fang zu. Das Parlament hat eine Kommission ge-  
wählt, die eine genaue Untersuchung anstellen und über  
Maßnahmen zur Herstellung der Ruhe beschließen soll.  
Ein Bataillon ist nach Adana abgegangen, andere  
Truppen werden folgen.

**Karlsruher Staudesbuch-Auszüge.**  
Geburten: 29. April. Jakob Schöhl von  
Baldersbach, Vater hier, mit Elisabetha Neumann von  
Neuenbüren. — Gustav Felix von Neuhof, Eltern  
Alfons in Baden, mit Barbara Ströb von Mannheim. —  
Albert Feltzer von Neuhof, Vaterarbeiter hier, mit  
Wilhelmine Keller von Baldersbach. — Wilhelm Neuhof  
von Hahnau, Friseur hier, mit Anna Keller von Neuhof.

Geburten: 20. April. Frau Eiler, Vater Gustav  
Janide, Damehändler. — 25. April. Kori Jakob, Vater  
Paul, Vater. — 27. April. Margareta Anna, Vater  
Paul Stommel, Kaufmann. — Rudolf Paul, Vater  
Andolf Köpfer, Tapeziermeister. — Anna Theresia, Vater  
Ernst Köpfer, Schlosser. — Karl, Vater Gustav Zipp,  
Dienstmann. — 28. April. Etessia, Vater Franz Lemmer-  
meister, Gärtner. — Georg August, Vater Johann Georg  
Heid, Schleifer. — 29. April. Vertha Emma, Vater August  
Muller, Metallarbeiter.

Todesfälle: 30. April. Karl Barth, Friseur, ledig,  
alt 20 Jahre. — Johann Hufst, Kamelbinder, ein Waisen,  
alt 47 Jahre. — Hs. Righowp, Friseur, ledig, alt 62  
Jahre. — Lydia, alt 17 Tage, Vater Anton Rastler, Maler.  
— Rufina Fütterer, alt 96 Jahre, Ehefrau des Bahnarbeiters  
Martin Fütterer. — Maria Gaffner, alt 76 Jahre, Witwe  
des Landwirts Wilhelm Gaffner.

**Weiterbericht des Zentralkomitees für Deutschland, und  
Hildesheim, vom 3. Mai 1909.**  
Vor einer im Westen der britischen Inseln erschienenen  
Depression zurückweichend hat sich der hohe Druck über  
Mitteleuropa, der Nord- und Ostsee ausgebreitet, er weicht  
heute einen Kern über den Niederlanden und über Nord-  
westdeutschland auf. Weitere Minimum lagern über Inter-  
nord- und über Ungarn. In Deutschland hat es meist  
angeteilt, die Temperaturen sind bei uns so tief gesunken,  
daß Nachfröste eintreten konnte. Vorwiegend heiter,  
trocken und wärmeres Wetter ist zu erwarten.

**Wahlergebnis des Rheinlands am 3. Mai 1909**  
Schulzeinzel 2.25, gefallen 4. Rehl 2.07, gefallen 2.  
Wagen 4.71, Stillschub. Mannheim 3.31, gefallen 2.

**Tages-Kalender.**  
Montag, den 3. Mai 1909:  
Konstantia. 1/9 Uhr Gesangsprobe, Café Rowald unter  
Saal.  
Rath. Arbeiterverein. Halb 9 Uhr Interdisziplinäre,  
Arbeiterbildungsverein. Halb 9 Uhr Monatsversammlung,  
Knippverein. Halb 9 Uhr Mitgliederversammlung, Vier  
Jahreszeiten.  
Kloster. 8 Uhr Vorstellung.  
Kaiser-Restaurant und Café, Cafe Kaiser und Kronenstraße.  
Täglich abends Künstler-Konzert.



